

Medienbeobachtung

11.09.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Kaiser will Klimakleber zu Partnern machen**
11.09.2023 , Kurier Seite 4

Kurier vom 11.09.2023

Kaiser will Klimakleber zu Partnern machen

„Pressestunde“: Kärntens Landeschef über Finanzausgleich und Klimaschutz

Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) war am Sonntag in der ersten ORF-Pressestunde nach der Sommerpause zu Gast. Der KURIER fasst die wichtigsten Aussagen kompakt zusammen.

Finanzausgleich Kaiser ist derzeit Vorsitzender der Konferenz der Landeshauptleute – und die verlieren langsam die Geduld mit dem Bund. Am 18. September soll daher eine Sitzung in Wien stattfinden. Kaiser betont: Wenn sich der Verteilungsschlüssel für Steuergeld nicht ändert und der Anteil für die Länder, die unter anderem Aufgaben bei Pflege, Gesundheit und Bildung erfüllen, nicht angehoben wird, dann werde es zu Einbußen bei den Leistungen für die Menschen kommen.

Von Drohgebärden, wie sie zuletzt der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig erkennen ließ (er sprach von einer Verfassungsklage), hält er nichts. Der Kärntner Landeshauptmann glaubt weiterhin an einen Kompromiss.

Kinderbetreuung Kanzler Karl Nehammer hatte angekündigt, dass der Bund 4,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung investieren will. Außer dieser Summe sei aber noch nichts auf dem Tisch, sagt Kaiser. Unklar sei, ob dieses Geld zusätzlich in den Finanzausgleich fließt oder ob es zunächst nur zu Co-Finanzierungen kommen wird. Was er nicht will, sind bloße Anschubfinanzierungen und dass der laufende Betrieb dann erst recht wieder von den Ländern finanziert werden muss. Was es braucht, sei eine „langfristige Absicherung“.

Klimawandel Wer nach den schweren Unwettern in Kärnten und in der Steiermark und der Hitzewelle jetzt noch immer den Klimawandel leugne, der schaue bewusst weg, sagt Kaiser. Er wünscht sich ein stärkeres Bewusstsein für den Klimaschutz und vermisst von Türkis-Grün das schon lange angekündigte Klimaschutzgesetz. In Kärnten orientiere sich die Koalition an den UN-Klimazielen – das sei einzigartig in Österreich.

Bei Technik und Industrie sieht Kaiser große Chancen, dennoch werde es in manchen Bereichen Verhaltensänderungen brauchen. „Wir können nicht so weitertun wie bisher.“ Zu den Klimazielen der EU, zu denen auch das Aus für Verbrennermotoren gehört, bekennt sich Kaiser – allerdings erst nach mehreren Nachfragen. Er selbst fährt übrigens ein Hybrid-Auto. Kaiser ist jedenfalls gegen höhere Strafen für Klimakleber, die mehrere ÖVP-Politiker zuletzt gefordert hatten. Stattdessen nehme er die Sorgen der Demonstranten ernst, sagt er. Proteste würden immer dazu beitragen, dass ein Problem mehr Aufmerksamkeit erhält. Kaiser: „Das Problem ist nun erkannt. Es wird Zeit, die Klimakleber zu Partnern zu machen.“

SPÖ-Interna Der innerparteiliche Konflikt scheint noch nicht ganz gelöst – noch immer gibt es Querschüsse aus dem Burgenland, konkret von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, der die Abstimmung über den Parteivorsitz verloren hat. Kaiser findet das offenbar nicht weiter tragisch. „Ich glaube, dass wir unterschiedliche Positionen sehr wohl brauchen. Gegenargumente müssen dazu anspornen, die eigene Position zu überprüfen.“

Wenn man überzeugt ist, dass man Recht hat, muss man das verstärkt nach außen tragen.“

Koalitionsoptionen Es gibt klare Beschlusslagen, was die FPÖ betrifft, sagt Kaiser. Ihm wäre es wichtig, „auch im Sinne der immensen Herausforderungen“, dass es eine Stärkung der politischen Mitte gibt.

Bild: Im Juli hat Peter Kaiser (re.) den Vorsitz der LH-Konferenz von Hans Peter Doskozil übernommen;

Quelle	Kurier
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Autor:in	Raffaella Lindorfer
Sprache	Deutsch

Kaiser will Klimakleber zu Partnern machen

„Pressestunde“. Kärntens Landeschef über Finanzausgleich und Klimaschutz

VON RAFFAELA LINDORFER

Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) war am Sonntag in der ersten ORF-Pressestunde nach der Sommerpause zu Gast. Der KURIER fasst die wichtigsten Aussagen kompakt zusammen.

• **Finanzausgleich** Kaiser ist derzeit Vorsitzender der Konferenz der Landeshauptleute – und die verlieren langsam die Geduld mit dem Bund. Am 18. September soll daher eine Sitzung in Wien stattfinden. Kaiser betont: Wenn sich der Verteilungsschlüssel für Steuergeld nicht ändert und der Anteil für die Länder, die unter anderem Aufgaben bei Pflege, Gesundheit und Bildung erfüllen, nicht angehoben wird, dann werde es zu Einbußen bei den Leistungen für die Menschen kommen.

Von Drohgebärden, wie sie zuletzt der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig erkennen ließ (er sprach von einer Verfassungsklage), hält er nichts. Der Kärntner Landeshauptmann glaubt weiterhin an einen Kompromiss.

• **Kinderbetreuung** Kanzler Karl Nehammer hatte angekündigt, dass der Bund 4,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung investieren will. Außer dieser Summe sei aber noch nichts auf dem Tisch, sagt Kaiser. Unklar sei, ob dieses Geld zusätzlich in den Finanzausgleich fließt oder ob es zunächst nur zu Co-Finanzierungen kommen wird. Was er nicht will, sind bloße Anschubfinanzierungen und dass der laufende Betrieb dann erst recht wieder von den Ländern finanziert werden muss. Was es braucht, sei eine „langfristige Absicherung“.

• **Klimawandel** Wer nach den schweren Unwettern in Kärnten und in der Steiermark und der Hitzewelle jetzt noch immer den Klima-



Im Juli hat Peter Kaiser (re.) den Vorsitz der LH-Konferenz von Hans Peter Doskozil übernommen

wandel leugne, der schau bewusst weg, sagt Kaiser. Er wünscht sich ein stärkeres Bewusstsein für den Klimaschutz und vermisst von Türkis-Grün das schon lange angekündigte Klimaschutzgesetz. In Kärnten orientiere sich die Koalition an den UN-Klimazielen – das sei einzigartig in Österreich.

Bei Technik und Industrie sieht Kaiser große Chancen, dennoch werde es in manchen Bereichen Verhaltensänderungen brauchen. „Wir können nicht so weiter tun wie bisher.“ Zu den Klimazielen der EU, zu denen auch das Aus für Verbrennermotoren gehört, bekennt sich Kaiser – allerdings erst

nach mehreren Nachfragen. Er selbst fährt übrigens ein Hybrid-Auto. Kaiser ist jedenfalls gegen höhere Strafen für Klimakleber, die mehrere ÖVP-Politiker zuletzt gefordert hatten. Stattdessen nehme er die Sorgen der Demonstranten ernst, sagt er. Proteste würden immer dazu beitragen, dass ein Problem mehr Aufmerksamkeit erhält. Kaiser: „Das Problem ist nun erkannt. Es wird Zeit, die Klimakleber zu Partnern zu machen.“

• **SPÖ-Interna** Der innerparteiliche Konflikt scheint noch nicht ganz gelöst – noch immer gibt es Querstrüsse aus dem Burgenland, konkret von Landes-

hauptmann Hans Peter Doskozil, der die Abstimmung über den Parteivorsitz verloren hat. Kaiser findet das offenbar nicht weiter tragisch. „Ich glaube, dass wir unterschiedliche Positionen sehr wohl brauchen. Gegenargumente müssen dazu anspornen, die eigene Position zu überprüfen. Wenn man überzeugt ist, dass man Recht hat, muss man das verstärkt nach außen tragen.“

• **Koalitionsoptionen** Es gibt klare Beschlusslagen, was die FPÖ betrifft, sagt Kaiser. Ihm wäre es wichtig, „auch im Sinne der immensen Herausforderungen“, dass es eine Stärkung der politischen Mitte gibt.

ÖVP will weitere Schritte bei Mietpreisbremse prüfen

Wöginger will klären, „ob das möglich ist“

Koalition. Bei der von der Regierung angekündigten Eindämmung der Mieten könnte es weitere Schritte geben: Für ÖVP-Klubchef August Wöginger ist es vorstellbar, auch freie Mietverträge miteinzu-beziehen, sofern das rechtlich geht. „Wenn es möglich ist, werden wir das versuchen umzusetzen“, sagte Wöginger gegenüber der APA.

„Ja, das muss aber rechtlich geklärt werden, ob und wie das überhaupt möglich ist, dass der Gesetzgeber hier auch bei den freien Mieten eingreifen kann“, meinte Wöginger. „Das geht sicherlich auch nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament.“ Man werde natürlich seitens der Koalition die Opposition zu Gesprächen diesbezüglich einladen, aber vor allem auch zu jenem Gesetzestext, der zur Mieteneindämmung schon im Hohen Haus liege.

St. Wolfgang-Wallfahrt

Man sei „sehr, sehr aktiv“ in die Herbstsaison gestartet, meinte Wöginger, und verwies auf das Maßnahmenpaket gegen die Teuerung, das eben auch die Mietbremse enthält, und die Ankündigung des Bundeskanzlers für mehr Geld zum Ausbau der Kinderbetreuung im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen. Die Schwerpunkte für den Herbst will der ÖVP-Parlamentsklub bei einer nicht medienöffentlichen Wallfahrt und Klubtagung in St. Wolfgang am 18. und 19. September besprechen.

Ebenfalls ein Thema für den Herbst sind für Wöginger Anreize für längeres Arbeiten. Zu einer im Jänner groß prä-

sentierten Arbeitsgruppe dazu, von der zuletzt wenig zu hören war, erklärt der Klubchef: „Wir haben da in den letzten Monaten schon immer wieder auch Gespräche diesbezüglich geführt.“ Ziel der Volkspartei sei es, Überstunden mehr zu begünstigen und Erleichterungen bei den Pensionsversicherungsbeiträgen für jene zu schaffen, die über das gesetzliche Antrittsalter hinaus arbeiten. „Ich werde versuchen, das jetzt im parlamentarischen Herbst mit auf den Weg zu bringen.“

Kein Kurz-Comeback

Zu den anstehenden Spitzenpostenbesetzungen bei Bundeswettbewerbsbehörde und Bundesverwaltungsgericht meinte Wöginger, er werde sich mit der grünen Klubobfrau Sigrid Maurer „bemühen“, hier „so rasch wie möglich“ eine Lösung zusammenzubringen. Für die scharfe Kritik etwa seitens der Richtervereinigung hat er durchaus Verständnis: „Natürlich muss man diese Kritik ernst nehmen, keine Frage. Auf der anderen Seite ist es ja nicht so, dass diese Einrichtungen nicht funktionieren würden.“ Es sei aber richtig, dass es „kein Dauerzustand“ sein könne, dass diese Positionen durch die Stellvertreter besetzt seien.

Zu den vor dem Hintergrund eines eben angelaufenen Imagefilms über Sebastian Kurz neu aufgeflammt Spekulationen über ein Politcomeback des einstigen ÖVP-Chefs meinte Wöginger: „Karl Nehammer ist einer, der Tag und Nacht für dieses Land arbeitet, sich einsetzt für die Menschen. Und daher stellt sich diese Frage nicht.“



Hat Verständnis für Kritik an inner-koalitionärer Blockade bei Postenbesetzungen: VP-Klubchef August Wöginger

Burgtheater-Diskussion: VP-Mann Karas geht neuerlich scharf mit eigener Partei ins Gericht

EU-Mandatar übt Kritik an „zu starker Anbiederung an die FPÖ“

Rechtspopulismus. Bei einer zum Saisonauftakt vom Burgtheater in Kooperation mit der Süddeutschen Zeitung veranstalteten Podiumsdiskussion über Rechtspopulismus übte der ÖVP-EU-Abgeordnete Othmar Karas einmal mehr scharfe Kritik an seiner Partei.

Karas forderte, dass die Bürger mehr zur Verteidigung der „liberalen Demokratie“ tun müssten. Er machte aber für den Aufstieg der neuen Rechten auch „das Versagen der Mitte“ verantwortlich, die Probleme nicht oder zu wenig gelöst habe. „Ich hätte mir nie im Leben gedacht, dass ich je einmal Demokratie definieren muss“, erklärte Karas. Es habe



„30 Prozent sind keine Mehrheit“, sagt Othmar Karas

in Österreich eine „zu starke Anbiederung an die FPÖ“ gegeben, auch seitens der ÖVP. „30 Prozent sind aber keine Mehrheit. Sie werden erst durch Versagen der anderen Parteien zur Mehrheit gemacht“, kritisierte Karas unter Applaus des Publikums. Auch in der EU würde der „Grundkonsens in der Mitte brö-

ckeln“. Dabei sei heute mehr denn je eine „lösungsorientierte Politik“ gefragt. „Wir müssen die Sorgen und Ängste der Bürger ernst nehmen.“

Der deutsche Politiker und Publizist Michel Friedman, laut eigenen Angaben nur mehr „Karteileiche bei der CDU“, kritisierte die seiner Meinung nach nur aus Machtpolitik erfolgten Koalitionen der ÖVP mit der FPÖ auf Bundes- und Landesebene. Karas wies die Kritik Friedmans für sich zurück. Er habe die jüngste Koalition der ÖVP mit der FPÖ in Niederösterreich bekämpft und sei stets gegen die „Anbiederung an rechte Ränder“ eingetreten.

Überblick

WEITERE MELDUNGEN

Neos machen Druck bei Transparenz

Informationsfreiheit. Die Neos machen in Sachen Informationsfreiheitsgesetz, das eine weitgehende Abschaffung des Amtsgeheimnisses bringen soll, jedoch seit geraumer Zeit in der Warteschleife hängt, abermals Druck. „Die Regierung muss endlich liefern“, fordert Neos-Vorsitzende Beate Meinel-Reisinger. Der bevorstehende Prozess wegen Falschaussage gegen Alt-Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) zeige, „wie wichtig“ die Abschaffung des Amtsgeheimnisses sei. Stattdessen werde die Sache „wie eine heiße Kartoffel“ zwischen Bund und Ländern hin- und hergeschoben.

FPÖ kündigt Paket zu Kinderschutz an

Teichtmeister. Die FPÖ wird nach dem von ihr als zu mild empfundenen Urteil gegen Ex-Burgschauspieler Florian Teichtmeister nächste Woche ein eigenes Kinderschutzpaket vorlegen, kündigte FPÖ-Bundesobmann Herbert Kickl am Sonntag an. Dass Teichtmeister, der sich 76.000 Dateien mit Missbrauchsdarstellungen von Kindern und Jugendlichen verschafft hatte, nicht inhaftiert wurde, vermittele den Eindruck, dass das Gesetz derzeit Täter mehr schütze als Opfer, kritisierte Kickl. An erster Stelle müsse der Opferschutz und der Schutz der Gesellschaft vor den Tätern stehen.

Theologe übt Kritik an Klimaklebern

Kirche. Der an der Uni Wien lehrende katholische Theologe Jan-Heiner Tück hat seine Kritik an „strategischen Allianzen“ der Kirchen mit der „Letzten Generation“ erneuert. Bei allem Verständnis für die Dringlichkeit des Klimaschutz-Anliegens lehne er diese Form des Protests entschieden ab, „da sie die Schädigung anderer in Kauf nimmt“, betont Tück im Interview mit der Salzburger Kirchenzeitung *Rupertusblatt*. Kritik übte der Dogmatiker außerdem an Aktionen wie dem jüngsten „Gletscherbegräbnis“ in Kärnten, an dem sich auch die katholische Kirche beteiligt hatte.